

Dienst der ordinierten Pfarrer

Quellen: KO; PfdG, Klostermann, Skript: „Dienstrecht der Pfarrer, Pfarrer im Probedienst und Vikare“

1. Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis auf Lebenszeit

Im Gegensatz zum privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, das durch einen Arbeitsvertrag geregelt ist, werden Pfarrer **zu ihrem Dienst berufen** (vgl. KO 54, 1). „Pfarrerinnen und Pfarrer haben als Ordinierte den Auftrag zur öffentlichen Verkündigung des Evangeliums, zur Verwaltung der Sakramente und der Seelsorge. An der Erfüllung des Auftrags gemäß Artikel 1 wirken sie mit.“ (KO 49,1)

In der als **Alimentation** verstandenen Lohnzahlung zu Monatsbeginn (⇔ bei Angestellten als Gegenleistung für die erbrachte Arbeitsleistung zum Monatsende) und der Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung drückt sich das „öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis auf Lebenszeit“ (KO 54, 2) aus.

Pfarrer haben **Residenzpflicht**, die zur Verfügung gestellte Dienstwohnung ist Teil der Alimentation. Es gibt **keine Arbeitszeitregelung**. Statt von Teilzeit wird vom „eingeschränkten Dienst“ (eD) im möglichen Umfang von 50%, 66,6% und 75% gesprochen.

Weisungsgebunden ist der Pfarrer in seiner Verwaltungs- und Leitungsfunktion, jedoch nicht in seiner geistlichen Funktion: „Die Pfarrerinnen und Pfarrer sind im Rahmen der kirchlichen Ordnung **in der Verkündigung und Seelsorge selbstständig**“ (KO 51,1).

Vier Arten von öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse werden unterschieden:

(1) auf Lebenszeit, (2) auf Probe, (3) auf Widerruf (Vikare), (4) auf Zeit (Hochschule, Sonderdienst).

Zuständig ist die Verwaltungskammer. Berufungsmöglichkeiten bietet der Verwaltungsgerichtshof der UEK.

2. Ordination und Anstellungsfähigkeit

Die Ordination, die Recht und Pflicht begründet, ist in PfdG §3-9 geregelt (vgl. 4-6 Ordination).

Die **Anstellungsfähigkeit** (PfdG §11-14) wird durch das LKA zuerkannt. Sie begründet keinen Anspruch auf ein Dienstverhältnis. Voraussetzungen sind:

- (1) Bindung an den Glauben gemäß dem Evangelium,
- (2) Teilnahme am Leben der christlichen Gemeinde,
- (3) Eignung für den Dienst der Verkündigung aufgrund eigener Gaben,
- (4) erfolgreicher Abschluss der vorgeschriebenen Ausbildung sowie dass
- (5) die Voraussetzungen für die Ordination erfüllt sind.

Der **Verlust** erfolgt durch die Rücknahme mittels eines Verwaltungsaktes, wenn nachträglich „schädliche Tatsachen“ bekannt werden oder wenn innerhalb von fünf Jahren nach Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit kein Dienstverhältnis begründet wurde und ein Kolloquium nicht erfolgreich ist. Mit dem Verlust der Anstellungsfähigkeit erlöschen die Ordinationsrechte. Eine erneute Anerkennung der Ordinationsrechte ist möglich.

3. Beendigung des Dienstverhältnisses (PfdG §96-99)

Dieses hat den **Verlust aller Rechte, Pflichten und Anwartschaften** zur Folge und geschieht durch Tod, Entlassung, Ausscheiden oder Entfernung aus dem Dienst. Ein Ausscheiden aus dem Dienst geschieht:

- (1) bei Kirchengaus- oder übertritt
- (2) bei Verlust der Ordinationsrechte und der Anstellungsfähigkeit
- (3) bei Aufgabe des Dienstes ohne Zustimmung des LKA oder Nichtwiederaufnahme nach Ablauf des Wartestandes, einer Freistellung oder einer Beurlaubung trotz Aufforderung,
- (4) Begründung eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses.
- (5) Wenn keine Zustimmung zur Befreiung für die Eheschließung erteilt wird.

Das Entfernen aus dem Dienst ist durch das Disziplinarrecht geregelt (Disziplinargesetz).

4. Amtsverschwiegenheit, Lehrpflichtverletzung & Disziplinarverfahren

KO 52 legt die **Verschwiegenheitspflicht** in Amts- und Seelsorgeangelegenheiten und die Unverbrüchlichkeit des Beichtgeheimnisses fest.

Für eine **Lehrpflichtverletzung** müssen Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der Dienst eines Ordinierten am Wort durch seine Verkündigung und Lehre **in Widerspruch zu entscheidenden Inhalten der Heiligen Schrift** getreten ist. Die KL beschließt dann die Einleitung eines Lehrbeanstandungsverfahrens. Vor dessen Beschluss sind alle Beteiligten anzuhören.

Ein schuldhaftes Verstoßen gegen pfarramtliche Pflichten, das ein Disziplinarverfahren nach sich zieht, kann auch im privaten Verhalten begründet sein.